

JAHRESBERICHT 2003

Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung
in London

London, den 10. Dezember 2003

Berichterstatter:
Dr. Gero Maass

GLIEDERUNG

	Seite
Das Wesentliche auf einen Blick	2
ZUR WIRTSCHAFT UND POLITIK IN GROSSBRITANNIEN IM JAHR 2003	3
I. Blair oder Brown – Rückblick auf den Labour Parteitag im Oktober 2003 in Bournemouth	3
1. Mai 1994: Eine kurze Rückschau	3
2. Sechs Jahre später: Brown in (vergeblicher) Offensive	3
3. Derzeitiger Mehrheitswunsch – " <i>Better Blair</i> ", nicht Brown	4
II. Herausforderungen	5
1. Neigt sich der Wachstumszyklus dem Ende zu?	5
2. Warteland statt Euroland	6
3. Welche mittelfristigen Auswirkungen hat der Vertrauensverlust in der Labour-Fraktion und der Bevölkerung über den Irakkrieg?	7
4. Ende der Zeiten ohne konservative Opposition?	8
5. Neuer Reformelan und ein kooperativerer Politikstil – Grenzen der Erneuerung in der Regierung?	9
6. Labour und die Gewerkschaften – eine bröckelnde Partnerschaft?	11
III. Großbritannien und Deutschland im Vergleich: Ein Blick in die Statistik	15

Das Wesentliche auf einen Blick

Statt mit lauter Kritik quittierte die Mehrheit des diesjährigen Labour-Parteitages das engagierte "weiter so" des Premierministers mit minutenlangen Ovationen, die das Brownsche Klatschbarometer vom Vortag in den Schatten stellten. Im Mainstream der Labourdelegierten überwog das Bekenntnis zum Willen zur Regierungsmacht. Auch nach sechseinhalb Jahren im Amt scheint Blair mit Blick auf die nächste Wahl (wahrscheinlich im Mai 2005, spätester Termin wäre im Juni 2006) dabei die bessere Bank zu sein. Obwohl in den Gängen des Parteitages und bei den vielen Fringe-Meetings nicht mit Kritik an der Irakpolitik von Blair gespart wurde, möchte die Mehrheit diese Episode hinter sich lassen und sich auf die Aufgaben in der Innen- und Sozialpolitik konzentrieren

Mit knapp über 5 % Arbeitslosigkeit und Wachstumsprognosen von 1,8 % und 2,3 % (2003/4; 2002:1,8 %) steht die Insel von der Beschäftigung wie den makroökonomischen Daten her gesehen besser dar als fast alle anderen europäischen Länder. Über die Wachstumsprognosen streiten sich Ökonomen und Statistiker. Im jüngsten Länderbericht Großbritannien vom Oktober 2003 hatte die *Economist Intelligent Unit* Wachstumsprognosen jedoch wieder etwas nach oben korrigiert. Obwohl die Prognosen unterhalb dem langfristigen Wachstumstrend für das Land liegen, seien sie doch noch immer deutlich höher als die in den großen Ländern der Eurozone. In weltwirtschaftlichen Krisenzeiten kann Schatzkanzler Brown weiterhin eine antizyklische Wirtschaftspolitik betreiben. Indes verbraucht sich das Polster der in den Jahren 1997-2000 angehäuften Budgetüberschüsse jetzt rasch auf und die staatliche Verschuldung steigt.

Das Beschäftigungswunder wird allgemein auf die flexibleren Arbeitsmärkte zurückgeführt. Indes: Neben den neuen (oft von Teilzeit- und niedrigen Einstiegsgehältern gekennzeichneten) Dienstleistungsbranchen verdankt das Land dem Ausbau öffentlicher Dienste seine Beschäftigungsbilanz: Während die Zahl der Erwerbstätigen seit 1997 um 3,5 % stieg, nahm die Beschäftigung in den öffentlichen Dienstleistungssektoren um fast 10 % zu.

Trotz aller Kritik scheint sich auch die britische Öffentlichkeit mit der Tatsache abgefunden zu haben, dass, wenn nicht die Massenvernichtungswaffen so doch die Entmachtung des Diktators eine befriedigende Kriegsbegründung darstellt. Indes mehrten sich durch die vergebliche Suche nach den Massenvernichtungswaffen, die Untersuchung von Lord Hutton über die Umstände des Selbstmordes von David Kelly (ein Experte des Verteidigungsministeriums) und die Kritik an schlecht recherchierten (ja aufgebauscht?) Regierungsdossiers die Zweifel an der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit des Premiers und seiner engsten Mitarbeiter. Trotz des Rücktritts von Alistair Campbell, dem wohl engsten und in diesem Zusammenhang von der Presse am meisten kritisierte ehemalige Leiter der Abteilung für Kommunikation und Strategieplanung in der 10 Downing Street, könnten diese Zweifel weniger für die aktuelle Irakfrage als mehr für das langfristige Image von Blair destruktive Kraft entfalten.

Außenpolitisch versucht Blair, die im Verhältnis zu Deutschland und Frankreich geschlagenen Wunden mit gemeinsamen Initiativen zur europäischen Verteidigungspolitik zu kitten. Die Lehren des Irakkrieges und der schwierige Neuaufbau des Landes haben derweil den britischen Außenminister Jack Straw dazu veranlasst, über die Schwerpunkte der britischen Außenpolitik in der nächsten Dekade nachzudenken. Ende November legte er eine 10-Jahresstrategie für die britische Außenpolitik vor. Zudem startete die *Strategy Unit*, die Denkereinheit im Amt des Premierministers, ein Projekt, dass bis zum Herbst nächsten Jahres politische Antworten auf die Herausforderung der "*weak and failing states*" formulieren soll. Hatte Robin Cook 1997 das Versprechen zu einer ethischen fundierten Außenpolitik abgelegt, dominierte in Straws 62-seitigem Strategiedokument jetzt der Kampf gegen den Terrorismus.

ZUR WIRTSCHAFT UND POLITIK IN GROSSBRITANNIEN IM JAHR 2003

I. BLAIR ODER BROWN: RÜCKBLICK AUF DEN LABOUR PARTEITAG IM OKTOBER 2003 IN BOURNEMOUTH

1. Mai 1994: Eine kurze Rückschau

Zur diesjährigen Parteitagsdramaturgie passte es, dass der private Fernsehsender *Channel 4* zeitlich zum Konferenzbeginn in Bournemouth das Fernsehspiel "The Deal" zeigte, in dem eine alte Legende über New Labour auflebte: Blair habe sich mit Brown am 31. Mai 1994 in einem Restaurant im Londoner Stadtteil Islington zu einer Unterredung getroffen und dort beschlossen, dass Blair den Parteivorsitz ergreifen solle. Brown würde die eigenen persönlichen Ambitionen zurückstellen und den Rivalen unterstützen. Beide waren damals Aspiranten für die Parteiführung, nachdem Labour-Chef John Smith kurz zuvor verstorben, aber noch nicht beerdigt war. Ein pragmatischer Deal, denn Blair war der Medienliebling, der die Wechselwähler gewinnen sollte. Brown bekam die Rolle, die Gewerkschaften und die Parteilinken bei der Stange zu halten. Im Gegenzug versprach Blair, nach sechs Jahren als Premier seinen Platz für Brown zu räumen. So weit die Medienfolklore, die nie offiziell bestätigt wurde.

2. Sechs Jahre später: Brown in (vergeblicher) Offensive

Der Sohn eines schottischen Calvinisten Pastors hatte lange mit seinem Außenseiter-Image zu kämpfen: Der britische Finanzminister Gordon Brown (52) gilt als linkisch und blickt meist düster drein. Während sich Tony Blair als Student seine Zeit in einer Rockband vertrieb, wurde er der jüngste Geschichtsdozent an der Universität von Edinburgh. Erinnernte seine Rede vor dem *TUC*-Kongress Mitte September in Brighton an einen Universitätsvortrag, feierten ihn die gewerkschaftlich orientierten Labourdelegierten während des Labour Parteitages in Bournemouth am Montag (29. September 2003) mit minutenlangen Ovationen. Der Begriff "New Labour", einst die Kampfparole gegen das eigene Sozialistenimage, tauchte in seiner Rede nicht auf. Dafür zählten eifrige Journalisten das Wort "Labour" in seinem Vortrag 63mal.

In Abwandlung von Blairs Rede vom letzten Jahr wagte er sich aus seiner normalen Zurückhaltung heraus und meldete seinen Führungsanspruch an: "Wir besiegen die Konservativen nicht, indem wir sie imitieren oder uns hübscher darstellen. Wir besiegen sie mit Labour-Politik und Labour-Reformen, die in den Traditionen der Labour-Partei verwurzelt sind!"

Umfragen kurz vor dem Parteitag hatten Brown bescheinigt, dass die Labour Party angesichts des vom Irak gebeutelten Premierministers mit ihm ein besseres Ergebnis einfahren könnte. Über 50 % hielten in einer Umfrage für die *Financial Times* die Zeit dafür gekommen, dass der Premier seinen Hut nehmen sollte (*FT*, 27.9.03). Mit einer niedrigsten Arbeitslosenrate in Jahrzehnten (5,2 %) und einem stetigen Wachstum um die 2,5 Prozent hat Brown eine Erfolgsbilanz vorzuweisen.

3. Derzeitiger Mehrheitswunsch - "*Better Blair*", nicht Brown

In der Partei war und blieb Blair stets der ungeliebte Führer. Ein Kandidat, der Wahlsiege verhiess und erfocht. Brown entspringt dem Labour-Herzen – zumindest in der Rhetorik. Nachdem die Medien dem Premierminister einen heißen Parteitag prophezeit hatten, scheint er nach seiner rhetorisch perfekt inszenierten Parteitagsrede plötzlich wieder fest im Sattel. "Vorwärts oder Rückwärts. Ich kann nur in eine Richtung gehen. Ich habe keinen Rückwärtsgang" verkündete er in seiner Parteitagsrede. Ganz analog zur eisernen Lady, die vor 20 Jahren mit ähnlichen Worten die Opposition in Partei und Öffentlichkeit in die Schranken verwiesen hatte:

- Keine Entschuldigung, kein zurück in der Irakfrage – indes Respekt für all jene, die anderer Meinung gewesen waren.
- Kein zurück in seinen Reformbestrebungen im öffentlichen Dienst – indes die Ankündigung, dass die Regierung noch in diesem Jahr in einen Dialog mit der Partei, den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit treten werde. Dies solle der größte politische Konsultationsprozess über den Fortgang des Reformprozesses sein, den die Insel bislang erlebt habe.

Statt mit lauter Kritik quittierte die Mehrheit des Parteitages sein engagiertes "weiter so" mit minutenlangen Ovationen, die das Brownsche Klatschbarometer vom Vortag in den Schatten stellten. Im Mainstream der Labourdelegierten überwog das Bekenntnis zum Willen zur Regierungsmacht. Auch nach sechseinhalb Jahren im Amt scheint Blair mit Blick auf die nächste Wahl (wahrscheinlich im Mai 2005, spätester Termin wäre im Juni 2006) dabei die bessere Bank zu sein. Obwohl in den Gängen des Parteitages und bei den vielen Fringe-Meetings nicht mit Kritik an der Irakpolitik von Blair gespart wurde, möchte die Mehrheit diese Episode hinter sich lassen und sich auf die Aufgaben in der Innen- und Sozialpolitik konzentrieren. Daran werden auch die gerade erscheinenden Memoiren von Robin Cook nichts ändern, die einmal mehr deutlich machen, dass das zentrale Blairsche Aktionsparameter einzig und allein die "*special relationship*" mit den USA gewesen war.

Der Handlungsspielraum von Gordon Brown ist denkbar klein. Als erfolgreicher Schatzkanzler genießt er Respekt – bleibt dies so, kann sich auch der Regierungschef darin sonnen. Geht die Wirtschaft und der Staatshaushalt schwierigeren Zeiten entgegen, so leidet das Image des eisernen Kanzlers. Verlierer waren jedoch selten attraktive Nachfolgekandidaten. Nach einem kurzen, Irak-bedingten Einbruch sehen die Umfragen seit dem Sommer Labour in der Sonntagsfrage wieder deutlich vorn. Alles sieht also nach einem dritten Wahlerfolg für Tony Blair aus. Die Nachfolgefrage ist in Bournemouth für die nächsten vier bis fünf Jahre beerdigt worden. Bedarf es danach nicht eines wirklichen personellen Neuanfangs? Kann Brown diesen Neuanfang verkörpern, wo er doch mit Blair zusammen Erfinder und Promotor von New Labour war und die Labour-Politik dann für über ein Jahrzehnt an führender Stelle mitbestimmt hat? Gefragt könnte dann eine neue, jüngere Führungselite sein. Fraktionsführer Peter Hain oder Schulminister David Miliband dürften sich dazu im Stande sehen.

Einige Beobachter sehen zudem wenig substantielle Unterschiede zwischen beiden: "Brownism ist nichts mehr als Blairism ohne Lächeln" (*The Guardian*, 8.11.03). Browns Großbritannien wäre nicht weniger US-nah – wenn auch mehr aus wirtschaftlichen wie außenpolitischen Gründen. Er ist ein Verehrer des 'American Business Models'. In der

bisherigen Reform öffentlicher Dienste mit Hilfe von PPP und PFI hatte das Finanzministerium die Fäden in der Hand. Durch Browns harte Hand in Budgetfragen dürfte er sich zudem nur wenige Freunde unter seinen Kabinettskollegen gemacht haben, die in der Vergangenheit schon unter des Kanzlers Versuche gelitten haben, sich einzumischen und das Schatzamt zum Dreh- und Angelpunkt der Wirtschafts- wie Sozial- und Bildungspolitik zu machen.

II. HERAUSFORDERUNGEN

1. Neigt sich der Wachstumszyklus dem Ende zu?

Mit knapp über 5 % Arbeitslosigkeit und Wachstumsprognosen von 1,8 % und 2,3 % (2003/4; 2002:1,8 %) steht die Insel von der Beschäftigung wie den makroökonomischen Daten her gesehen besser dar als fast alle anderen europäischen Länder. Über die Wachstumsprognosen streiten sich Ökonomen und Statistiker. Im jüngsten Länderbericht Großbritannien vom Oktober 2003 hatte die *Economist Intelligent Unit* (www.eiu.com) die Wachstumsprognosen jedoch wieder etwas nach oben korrigiert. Die jüngsten Zahlen lägen nahe, dass die "UK economy has weathered the global downturn even better than had previously been thought" (S.10). Obwohl die Prognosen unterhalb dem langfristigen Wachstumstrend für das Land liegen, seien sie doch noch immer deutlich höher als die in den großen Ländern der Eurozone.

In weltwirtschaftlichen Krisenzeiten kann Schatzkanzler Brown weiterhin eine antizyklische Wirtschaftspolitik betreiben. Indes verbraucht sich das Polster der in den Jahren 1997-2000 angehäuften Budgetüberschüsse jetzt rasch auf und die staatliche Verschuldung steigt: von -1,3 % (am BIP) 2002, über -2,7 % (2003) auf -3,1 % bzw. -3,2 % (2004/5). Nach der Erhöhung der Sozialabgaben ab April dieses Jahres wird das engagierte Programm zum Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen wohl ohne eine weitere Abgaben- oder Steuererhöhung nicht zu finanzieren sein. Seine eigene goldene Regel (über einen Wirtschaftszyklus betrachtet sollte der Staat sich nur für Investitionen verschulden und nicht zur Finanzierung laufender Betriebsausgaben) wird der Schatzkanzler schwerlich einhalten können.

Das Beschäftigungswunder wird allgemein auf die flexibleren Arbeitsmärkte zurückgeführt. Indes: Neben den neuen (oft von Teilzeit- und niedrigen Einstiegsgehältern gekennzeichneten) Dienstleistungsbranchen verdankt das Land dem Ausbau öffentlicher Dienste seine Beschäftigungsbilanz: Während die Zahl der Erwerbstätigen seit 1997 um 3,5 % stieg, nahm die Beschäftigung in den öffentlichen Dienstleistungssektoren um fast 10 % zu.

Politische Beobachter wie etwa Will Hutton ("The fourth way", in: *Propect*, Oktober 2003) meinen, dass sich das von Thatchers Deregulierungspolitik ins Werk gesetzte Wachstumsmodell dem Ende zuneigt. Dies sei gestützt worden von den positiven Auswirkungen der Globalisierung, des Londoner Finanzmarktes, dem Boom bei einheimischen (vor allem im Raum London) Immobilienmärkten und eines verschuldungsfinanzierten Konsums.

Selbst der Schatzkanzler und Finanzminister sieht das britische Produktivitätsproblem weiterhin als zentrale wirtschaftliche Herausforderung für sein Land in den nächsten Jahren an. 12 % des britischen Sozialprodukts wird allein in London erwirtschaftet – sie waren mehr als doppelt so produktiv wie der nationale Durchschnitt, so ein Bericht des *Office for National Statistics* (vom 30.10.03). Das britische Produktivitätsproblem ist in erster Linie eine Herausforderung für die Regionen und die staatliche regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik. Einem Politikfeld, das sich insbesondere das Finanzministerium über die Schaffung und Förderung (staatlicher) regionaler Entwicklungsagenturen anzunehmen versucht.

Im internationalen Vergleich scheint das Land jedoch gar nicht schlecht dazustehen. Das *World Economic Forum* platzierte in seinem "Global Competitiveness Report" Großbritannien auf den 14. Rang, während Deutschland nur kurz davor auf dem 13. Platz liegt. Der Indikator kombiniert wirtschaftliche mit Kennzahlen des Arbeitsmarktes und der Infrastruktur. Angeführt wird die Rangfolge von Finnland und den USA.

Mehr noch: Hält das britische Wirtschafts- und Produktivitätswachstum und der Immigrationstrend an, würde das schwächere Bevölkerungswachstum in Deutschland dazu führen, das nach 150 Jahre die Insel wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder zur größten Volkswirtschaft Europas aufsteigt (so Christopher Smallwood, Chefökonom der Barclays Bank, "UK lines up to pass Germany", *The Sunday Times*, 2.11.03).

2. Warteland statt Euroland

Kein Wunder, dass der Euro weder bei der britischen Wirtschaft noch dem Schatzamt zur Zeit hoch im Kurs steht. Am 9. Juni hatte der Schatzkanzler seine ablehnende Haltung zur jetzigen Einführung des Euro in einer Stellungnahme zu den fünf ökonomischen Testkriterien begründet (http://www.hm-treasury.gov.uk/media/74575/EMU03_exec_126.pdf). "*We still have to meet the two tests of sustainable convergence and for the achievement of sustainable convergence and flexibility*". Die Regierung wiederholte indes ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Einführung des Euro, wenn die nationale wirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet sei. Daran würde sie weiter arbeiten und einen neuen Fortschrittsbericht im nächsten Budgetjahr abgeben. Es gelte zudem langfristig einen pro-europäischen Konsens im Lande aufzubauen.

Realistischerweise jedoch hat sich Gordon Brown mit seiner skeptischeren Haltung gegenüber dem Premierminister durchgesetzt. Politisch gesehen wird das Euro-Thema in der Laufzeit dieses Parlamentes nicht mehr aufgegriffen werden. Die ablehnende Haltung der Schweden und die grundsätzlich Euro-ablehnende Haltung der britischen Bevölkerung tun ein Übriges: Gerade einmal 28 % der Bevölkerung würde der Regierung folgen, wenn diese in einem Referendum die Einführung des Euros empfehlen würde (so eine Umfrage für die Consultingfirma *Schroder Salomon Smith* vom 26.9.03, www.mori.com). Hinzu kommt, dass sich große Teile der Bevölkerung nicht mit der neuen europäischen Verfassung anfreunden mögen. Die Tories schwimmen auf diese Anti-Europa-Welle und meinen, dass sie sich darüber auch auf anderen Politikfeldern Profil zurückerobern können. 80 % der Bevölkerung meinen, die Tories wollten einen solchen Volksentscheid. Um dies durchzusetzen haben sie eine online-Petitions-Initiative ins Werk gesetzt (www.conservatives.com/campaigns/referendum_petition).

3. Welche mittelfristigen Auswirkungen hat der Vertrauensverlust in der Labour-Fraktion und der Bevölkerung über den Irakkrieg?

Während die Mehrheit der Labour-Fraktion und des Kabinetts zur Tagesordnung übergehen möchte, spiegelt sich das Unbehagen in der Bevölkerung immer wieder in Meinungsumfragen. So meinten etwa 60 % der Londoner meinten, dass der Irakkrieg ungerechtfertigt war (MORI-Umfrage vom 20.11.03, www.mori.com). Der Staatsbesuch von US-Präsident Bush in London Mitte November bereitete dem Premier dann auch mehr politische Kopfschmerzen als er zum weltmännischen Ansehen von Blair beizutragen vermochte. Hunderttausende demonstrierten gegen den "Kriegstreiber Bush". Umfragen zeigen, dass fast 50 Prozent der Briten die engen persönlichen Beziehungen zwischen Blair und Bush für "schlecht" halten. Sogar zwei Drittel sind der Meinung, dass das weltweite Ansehen der USA unter dem "unpopulären" Bush gesunken ist. "Im gegenwärtigen Klima ist dieser Besuch für Blair ein Problem, das er nicht braucht", urteilte der liberale *Guardian*. Insgesamt gesehen verlief der Besuch dann jedoch ruhiger und erfolgreicher als vorhergesagt.

Trotz aller Kritik scheint sich die britische Öffentlichkeit jedoch mit der Tatsache abgefunden zu haben, dass, wenn nicht die Massenvernichtungswaffen so doch die Entmachtung des Diktators eine befriedigende Kriegsbeurteilung darstellt. Indes mehrten sich durch die vergebliche Suche nach den Massenvernichtungswaffen, die Untersuchung von Lord Hutton über die Umstände des Selbstmordes von David Kelly (ein Experte des Verteidigungsministeriums) und die Kritik an schlecht recherchierten (ja aufgebauscht?) Regierungsdossiers die Zweifel an der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit des Premiers und seiner engsten Mitarbeiter. Trotz des Rücktritts von Alistair Campbell, dem wohl engsten und in diesem Zusammenhang von der Presse am meisten kritisierte ehemalige Leiter der Abteilung für Kommunikation und Strategieplanung in der 10 Downing Street, könnten diese Zweifel weniger für die aktuelle Irakfrage als mehr für das langfristige Image von Blair destruktive Kraft entfalten.

Außenpolitisch versucht Blair, die im Verhältnis zu Deutschland und Frankreich geschlagenen Wunden mit gemeinsamen Initiativen zur europäischen Verteidigungspolitik zu kitten. Die Lehren des Irakkrieges und der schwierige Neuaufbau des Landes haben derweil den britischen Außenminister Jack Straw dazu veranlasst, über die Schwerpunkte der britischen Außenpolitik in der nächsten Dekade nachzudenken. Ende November legte er eine 10-Jahresstrategie für die britische Außenpolitik vor. Zudem startete die *Strategy Unit*, die Denkereinheit im Amt des Premierministers, ein Projekt, das bis zum Herbst nächsten Jahres politische Antworten auf die Herausforderung der "weak and failing states" formulieren soll (www.pm.gov.uk/output/Page4936.asp). Hatte Robin Cook 1997 das Versprechen zu einer ethischen fundierten Außenpolitik abgelegt, dominierte in Straws 62-seitigem Strategiedokument jetzt der Kampf gegen den Terrorismus (www.fco.gov.uk).

Die äußere und innere Sicherheit wachse dabei zusehends zusammen. Zudem brauche Großbritannien eine noch engere Zusammenarbeit mit den Partnern in der EU. Die engen Beziehungen zu den USA indes blieben "its most important individual relationship and vital asset", so der Außenminister bei der Vorstellung des Strategiepapiers am 2. Dezember (*The Independent*, 3.12.03). Die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Westen und den islamischen Ländern, so Straw, würde in den nächsten Jahren in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie die religiösen Unterschiede an die Spitze der diplomatischen Agenda treten:

"The question will arise most obviously in relations between the Western democracies and some Islamic countries or groups, despite the underlying shared values of our faiths and cultures. Managing relations with Islamic countries and peoples will be one of the most important strategic challenges for the UK and other Western democracies in the next decade and beyond."

4. Ende der Zeiten ohne konservative Opposition?

Allein das noch schlechtere Image der Konservativen Partei vermag unter diesen Umständen die klare Führung der Labour Partei bei den Wahlprognosen zu erklären. Der Parteitag der Tories in Blackpool Anfang Oktober hatte zunächst den blassen Parteivorsitzenden Ian Duncan Smith trotz aller Kritiken wieder im Amt bestätigt. Dabei hatte er es selbst in schwierigen Zeiten für die Labour-Regierung nicht verstanden, die Tory-Partei zu profilieren. Die Tories müssen sogar darum bangen, dass die Liberaldemokraten ihnen den angestammten Platz als Opposition streitig machen (*MORI*-Umfrage vom 23.9.03). Einige Beispiele aus einer Umfrage für die *Times* (4.10.03, S.14): Gefragt

- nach der allgemeinen politischen Kompetenz kommt die Labour Party auf -21 %, die Konservative Partei jedoch gar auf -31 %,
- nach der Güte des Führungsteams kommt Labour auf -29 %, die Tories auf -51 %,
- danach, ob sie Verständnis für die wirklichen Sorgen und Nöte der Bürger habe, kommt Labour auf -27 % und die Tory-Partei auf -41 %.

Dass es dann im November innerhalb der Unterhausfraktion der Tories doch noch zur Palastrevolution gekommen war, geht auf Michael Howard zurück. Bei seinem ersten Versuch, Oppositionschef zu werden, war er 1997 von William Hague noch deutlich abgehängt worden. Unter John Mayor hatte Howard von 1993-1997 das Innenressort inne und hatte sich beim Versuch, eine "Poll-tax" einzuführen, im ganzen Land zutiefst unbeliebt gemacht. Als intelligenter, schlagfertiger Mann mit Regierungserfahrung kürten ihn die konservativen Medien nun zum Hoffnungsträger. Die *Sun* grüßte ihn als "Mr Right", während er versprach, die Tories von der Mitte aus zu führen. Ihm ist klar, dass die konservative Partei ohne eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen der öffentlichen Dienste keine Chancen haben wird. Rhetorik um niedrigere Steuern hilft ebenso wenig weiter wie das Versprechen eines harten Umgangs mit Asylanten. Hardliner und Labour-Innenminister David Blunkett lässt sich mit solchen Parolen schwerlich von rechts überholen.

In ersten Umfragen konnten Meinungsforschungsinstitute bislang keine tief greifenden positiven Trendwechsel für die Tories ausmachen: Labour kommt auf 41 %, die Tories auf 31 % und die Liberaldemokraten auf 21 % (Umfrage zwischen dem 20.- 25. November, veröffentlicht am 1.12.03, www.mori.com). Optimisten meinen, dass der 62-jährige eine Trendwende einleiten könnte, wie Neil Kinnock es Anfang der 90er Jahre bei der Labour Party tat. Bei den nächsten Wahlen könnte er günstigstenfalls die Labour-Mehrheit von 163 auf 80 Mandate reduzieren. Der Regierungswechsel würde dann nicht mehr von Howard vollzogen, da er für die Standards moderner Politik dann zu alt sein wird. Ein Comeback eines geläuterten William Hague in drei bis vier Jahren ist nicht auszuschließen.

Entscheidender Einfluss auf Politik, Wahlen und breite öffentliche Meinung dürfte auch in den nächsten Jahren vom Medienzar Rupert Murdoch ausgehen, dem sowohl die *Times* wie vor allem das Massenblatt *Sun* gehören. 1997 wie 2001 hat er sich mit seiner *Sun* hinter Tony Blair gestellt und seinen Beitrag zu den überwältigenden Wahlsiegen von New Labour geleistet. Auch wenn er Blairs Mut zur Unterstützung für Bushs Irakpolitik zu honorieren weiß, sind ihm Blairs Positionen zum Euro und die europäische Verfassung ein Dorn im Auge. Es bleibe abzuwarten, so drohte Murdoch in einem Fernsehinterview ("Ten O'Clock News", *BBC*, 14.11.03), ob sich Howards Mannschaft zu einer "ernstzunehmenden Regierungsalternative" entwickle.

5. Neuer Reformelan und ein kooperativerer Politikstil – Grenzen der Erneuerung in der Regierung?

Kurz nach der Sommerpause hatte Premierminister Blair versucht, im Zuge des Rücktritts von Alistair Campbell und mit Blick auf die seinen Mitarbeiterstab zu erneuern. Drei Positionen und Personen sind von besonderer Bedeutung:

1. Der besonnene **David Hill** löste den extrovertierten Campbell ab. Schon in den Wahlkämpfen 1997 und 2001 war er in der Medienstrategie von Labour an entscheidender Stelle tätig.
2. **Geoff Mulgan** trat an die Stelle des eher blassen Andrew Adonis als Leiter der politischen Grundsatzabteilung – eine Position in der bis 2001 David Miliband (seit Juni 2001 MP und seit gut einem Jahr Schulminister) Anerkennung und politisches Profil gewonnen hatte. Intellektuell steht Mulgan David Miliband sicherlich in nichts nach. Er ist Gründer des Think Tanks *DEMOS* und arbeitete als sozialpolitischer Berater für den Premierminister, bevor er vor drei Jahren Leiter der *Performance and Innovation Unit* im Kabinettsministerium geworden war.
3. Auch **Matthew Taylor**, bislang Direktor des Mitte-Links Think Tanks *IPPR*, wurde als Leiter der politischen Planung in den Stab aufgenommen. Bis 1998 stellvertretender Labour-Generalsekretär, soll er neue Ideen und Schlagworte in das nächste Wahlmanifest bringen. Zudem hat er die Aufgabe, das Blairsche Versprechen von einem umfassenden Konsultations- und Informationsprozess zum Fortgang des Reformprozesses in den öffentlichen Diensten in die Tat umzusetzen.

Ihre Aufgabe wird es sein, den Blair-Kritiker aus den eigenen Labour-Reihen, den Medien und in der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die Regierung in der Lage ist, sich auch im siebten Amtsjahr zu erneuern. Gefragt sind ein neuer Reformelan mit neuen politischen Schlagworten, ein neuer, kooperativer Politikstil und eine Remobilisierung der Partei. Ansonsten dürften doch noch jene Stimmen wieder lauter werden, die meinen, dass es auch eines neuen Kandidaten bedürfe, um die angeschlagene Glaubwürdigkeit nach dem Irakengagement zu meistern. Mehr Druck von den Tories mag in den Augen des *New Statesman* Herausgebers John Kampfner der Labour-Regierung nur gut tun: "*The absence of a Conservative threat to Labour led to flabby thinking and false choices*" (*The Guardian*, 9.11.03). Das Schlagwort von mehr Wahlfreiheit in der Reformdebatte um öffentliche Dienste allein mag Labour dabei wenig weiterhelfen. "*More choice*" ist auch für die Konservativen die

Schlüsselstrategie bei der Reform des staatlichen Schul- und Gesundheitswesens – sprich mehr Zugang zu mehr privaten Schulen und Krankenhäusern. Während der Tory Howard dabei nicht herzlos erscheinen darf, ist es Blairs Aufgabe, seine Fairness-Agenda gemessen an Labours Grundwerten nicht gesichts- und bedeutungslos erscheinen zu lassen.

Dazu passt, dass Labour Generalsekretär **David Triesman** überraschend sein Ausscheiden bekannt gegeben hat. Im Januar nächsten Jahres soll diese Position neu besetzt werden. Nachdem er erfolgreich den Umzugs- und Umstrukturierungsprozess der Partei gemanagt hatte (Aufgabe des Hauptquartiers in der Millbank zugunsten eines kleineren Bürokomplexes in London und die Verlagerung administrativ-technischer Abteilungen ins kostengünstigere Nordengland) steht die Hauptherausforderung aus: Eine Remobilisierung der Mitglieder. Seit 1997 hat die Labour Party fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Von 405.000 sank die Mitgliedschaft auf unter 250.000 (zum Vergleich: Die Tories haben 200.000 Mitglieder bei Durchschnittsalter von über 65 Jahren).

Nach dem Weggang von Campbell, dem wohl engsten Vertrauten von Blair in der Downing Street, berichten die Medien über einen wieder stärkeren Einfluss von **Peter Mandelson** auf den Premier. Auch im nächsten Wahlkampf dürfte er wieder eine prominente Rolle innehaben. Als Belohnung winkt ein Posten in Brüssel: Wenn Neil Kinnock die Kommission verlässt, soll er sein Nachfolger werden (so der *Guardian*, 8.11.03).

In der Vergangenheit hatte die Labour Party immer wieder das Problem, dass in Zeiten wo Labour regierte, die Partei nicht genügend Berücksichtigung fand. Der General Secretary (bis Ende Dezember ist dies noch David Triesman) kümmert sich mehr um die interne Organisation der Parteiarbeit. Die Aufgaben der nach den Unterhauswahlen im Juni 2001 geschaffenen Position eines Party Chairman ist es deshalb

- die Belange und Positionen der Partei in die laufende Regierungsarbeit einzubringen und umgekehrt,
- die Regierungspolitik parteiintern und in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Hinzu kommt das Bemühen der Regierung, vor allem die Beziehungen zu den Gewerkschaften zu verbessern, die im Zuge der Pläne zur Reform öffentlicher Dienste zusehends für Probleme sorgen. Der seit April 2003 neu ernannte Party Chairman **Ian McCartney** gilt nicht nur als Gewährsmann von Tony Blair, sondern auch als jemand, der über gute Beziehungen zu den Gewerkschaften verfügt. *"I believe passionately in the need for a strong partnership between unions and a Labour Government. In fact, this relationship has been part of my political views, values and career."* (Rede vor dem gewerkschaftsorientierten Think Tank *UNIONS 21* auf ihrer Jahreskonferenz vom 8.3.03).

Die Position des im April 2003 neu ernannten Party Chairman Ian McCartney dürfte in Zukunft noch weiter an Profil gewinnen. Bei ihm laufen die Fäden für die geplanten Wochen der Konsultation, die die Regierung, die MPs und die lokalen Labourkreise in einen Dialog mit den Mitglieder, den Gewerkschaften und den Wählern bringen soll. Ende November stellte das *National Policy Forum* der Labour Party ein entsprechendes Positionspapier vor und verabschiedete einen Aktionsplan der ab Dezember umgesetzt werden soll. Anfang Dezember begann die Labour-Regierung mit ihrer *"big conversation"*-Kampagne (www.bigconversation.org.uk): *"Have your say on the way forward for Britain"*. In den

nächsten Wochen hat die Bevölkerung im Rahmen vielfältiger Veranstaltungen überall auf der Insel die Möglichkeit, sich zu informieren und ihr Meinungsvotum abzugeben. Extra entwickelt wurde auch ein Fragebogen, der im Internet abgerufen und ausgefüllt werden kann.

Zudem leitet McCartney eine Arbeitsgruppe von Partei und Downing Street, die am Beispiel der Liberaldemokraten in Japan, dem australischen konservativen Ministerpräsident Howard und Kanadas Jean Chrétien das Geheimnis langer Regierungsfähigkeit lüften soll. Die vermuteten Zutaten: Neue Persönlichkeiten an der Spitze der Regierung, Versicherung der zentralen politischen Wahlbotschaft, neue Politiken und eine erfolgreiche Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Für die (Wieder-) Inwertsetzung öffentlicher Dienstleistungen ist New Labour 1997 und 2001 mit großen Mehrheiten gewählt worden. Die Herausforderungen im Bereich von Transport, Gesundheit und Bildung sind trotz erster Erfolge geblieben. Die Bevölkerung erwartet nach sechs Jahren statt immer neuer Planziele jetzt fühlbare Verbesserungen – die Stimmung ist zusehends pessimistisch. Ein Beispiel: In einer Befragung des Meinungsforschungsinstitutes *MORI* (www.mori.com, 1.7.03) meinten nur 28 %, sie seien optimistisch, dass das steuerfinanzierte Gesundheitswesen *National Health Service (NHS)* besser werde – 38 % sahen eine Verschlechterung voraus. Mit Blick auf das öffentliche Transportwesen ist die Stimmung mit 23 % zu 39 % sogar noch schlechter. Wirtschaftsfachleute mahnen an, dass das Produktivitätswachstum in den öffentlichen Diensten bei weitem nicht mit den fast 40 %igen Mehrausgaben seit dem Amtsantritt von Labour Schritt gehalten hat. Einer notwendigen Phase von mehr Personal mit einer besseren Bezahlung müsse nun eine Phase der wirklichen Strukturreform folgen.

Aktuell zeichnen sich dabei Konflikte in zwei Bereichen ab: Im Universitätsbereich möchte die Regierung zur Sicherung der Finanzierung der Universitäten eine Studiengebühr einführen. Je nach Universität und Studienfach sind bis rund £5000 pro Jahr im Gespräch, die jedoch nur ab einer bestimmten Einkommenshöhe anfallen und von den betroffenen Studenten erst dann zurückgezahlt werden müssen, wenn sie nach dem Studium eine Anstellung gefunden haben. Ein wunder Punkt für viele in Labours Unterhausfraktion, zumal das 2001-Wahlmanifest von Labour neue Universitätsgebühren definitiv ausgeschlossen hatte. Premier Blair muss rund 140 MPs davon überzeugen, dass dieser Vorschlag den Zukunftsstandard der britischen Universitäten sichert ohne sozial diskriminierend auszuwirken. Diese Gebühren wären die wichtigste Änderung im britischen Universitätswesen seit 20 Jahren. Er hat mit dieser Frage deshalb sogar seine politische Zukunft als Premierminister verbunden. Schon im Februar nächsten Jahres dürfte über diese "*very major flagship reform*" – so Blairs Einschätzung (*FT*, 6./7.12.03) – abgestimmt werden. Zur Wahl steht damit auch die Zukunft des Premiers Blair. Bekommt Gordon Brown mithin doch noch schneller als erwartet seine Chance? Nur eins ist sicher: Das Erbe wäre eine in sich immer weiter gespaltene Partei. Labour altes Problem, wäre der Tories neue Chance.

6. Labour und die Gewerkschaften – eine bröckelnde Partnerschaft?

Auf dem Parteitag in Bournemouth kassierte die Regierung zunächst eine Niederlage in dem zweiten aktuellen Reformprojekt: Auf Antrag der größten britischen Gewerkschaft *UNISON* stimmten die Delegierten gegen die Einführung so genannter "*foundation hospital*". Dies

größte Reformvorhaben des britischen Gesundheitswesens seit ihrer Einführung vor rund 50 Jahren sieht unter anderem vor, besonders erfolgreich geführten staatlichen Krankenhäusern den Gang in die Selbstverwaltung und Zugang zu Privatkapital zu ermöglichen. Die Kliniken sollen eigenständig Investitionen tätigen und ihr Personal nach eigenem Ermessen bezahlen können. Kritiker befürchten dadurch die Entwicklung eines Zwei-Klassen-Systems. Die Kritik reiht sich damit ein in die ohnehin ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegen die *Public Private Partnership*-Politik der New Labour-Regierung. Der britische *National Health Service* ist mit mehr als einer Million Angestellten allein in England das größte Gesundheitssystem der Welt. Es wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von der damaligen Labour-Regierung gegründet. In den vergangenen Jahren machte sich jedoch zunehmend die schlechte Finanzlage bemerkbar. Ärztemangel und zu wenig Pflegepersonal sind ebenso an der Tagesordnung wie lange Wartelisten für Operationen. Diese Niederlage hat zunächst jedoch nur symbolischen Wert, da sich die Regierung nicht an Beschlüsse des Parteitages gebunden fühlt.

Mit dem von Tony Blair angekündigten Konsultationsprozess über die Zukunft des Reformprozesses soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die Labour-Regierung eben nicht arrogant, selbtherrlich und "out of touch" sei. Mehr noch gilt es, die Gewerkschaften wieder stärker einzubinden. Indes: Viele der Labour angeschlossenen Gewerkschaften wollen nicht mehr automatischer Zahlmeister der Partei sein. Rund die Hälfte der Parteieinnahmen speist sich immer noch aus den Gewerkschaftsüberweisungen. Viele der "alten" Gewerkschaftsvorsitzenden mit historischem Bewusstsein für die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaftsbewegung wurden gerade in den letzten zwei Jahren durch eine neue Generation, deren Verhältnis zur Partei sich wesentlich unsentimentaler gestaltet, abgelöst. Konfliktstoff mit der Regierung gibt es dabei vor allem bei der Reform öffentlicher Dienste – kein Wunder, sind doch die Gewerkschaften hier noch am besten organisiert.

Die Agenda auf den Kongressen der größten Einzelgewerkschaft *UNISON* (im Juni) und des Dachverbandes *TUC* (im September) war einmal mehr von Debatten über die **Public Private Partnerships** (PPP) geprägt gewesen. Auf dem Labour-Parteitag in Bournemouth hatte die Parteiführung dann auch eine Abstimmungsniederlage erlitten. Mehr als zwei Drittel der Delegierten unterstützten einen regierungskritischen Antrag, der eine Überprüfung der PPP-Strategie verlangte. Insgesamt war und ist die ganze Debatte dazu geeignet, eine Reihe ideologischer Knöpfe zu drücken, zumal Blair auch erneut kalter Wind ins Gesicht bläst, seit einige Gewerkschaften wieder radikalere Positionen vertreten.

Neben der Debatte um die PPP und die Richtung der Reform öffentlicher Dienste zeichnen sich weitere Konfliktfelder zwischen den Partnern ab:

- Die Umsetzung der im März 2002 beschlossenen **EU-Richtlinie zur Information und Konsultation** in britisches Recht: Da das Land über keine institutionelle Infrastruktur für die Umsetzung der Richtlinie verfügt, werden die Gewerkschaften auf die Schützenhilfe der Regierung angewiesen sein, damit ihre Interessen berücksichtigt werden und nicht der Wirtschaftslobby zum Opfer fallen.
- Die Zukunft der **Renten**: Bei den geringen staatlichen Rentenansprüchen kommt der privaten, oft betrieblich vermittelten Vorsorge eine wichtige Rolle zu. Viele Unternehmen verzeichnen angesichts sinkender Aktienkurse rückläufige

Kapitalmarkterträge in ihren betrieblichen Pensionsfonds und haben damit begonnen, die Leistungen zu reduzieren bzw. die Anlagerisiken auf die Beschäftigten überzuwälzen. Die Gewerkschaften müssen hier Druck machen, dass es zu einem Schutz vor Rentensenkungen kommt. Die Wirtschaft und die Regierung wird sich zusätzlichen Ausgaben widersetzen wollen.

Im Vergleich zu den konservativen Vorgängerregierungen kann sich die sozial- und arbeitspolitische Bilanz von New Labour jedoch durchaus sehen lassen. Auch wenn die geschürten Versprechungen nach einem "New Britain" bei weitem nicht erfüllt wurden und viele der konservativen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Strukturreformen bewusst unangetastet bleiben, haben einige der neuen Labour-Initiativen jedoch manche der unfairen Regelungen aus der Thatcher-Ära korrigiert:

- Unterschrift unter die Europäische Sozialcharta und damit Stärkung der Rechte von Arbeitnehmern (1997),
- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (1999),
- Erfolgreiche aktive Beschäftigungspolitik wie mit dem Programm "Welfare to Work" zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (1998),
- Gesetzliche Regelungen zur Verbesserung des Kündigungsschutzes,
- Absicherung gewerkschaftlicher Organisationsrechte, vor allem erleichterte Verfahren für die Anerkennung von Gewerkschaften in Unternehmen (seit Juni 2000).

Rechtzeitig zum diesjährigen *TUC*-Kongress hatte das zuständige Ministerium für Handel und Industrie eine Leistungsbilanz der letzten sechs Jahre vorgelegt ("Know your rights. Employment Relations. Information for Workers", *DTI*, September 2003, www.dti.gov.uk/Pub/6862). Mit am wichtigsten:

- die Gewerkschaften wurden von der neuen Regierung wieder als politischer Gesprächspartner anerkannt, nachdem sie in den 80er und 90er Jahren als aktiver Akteur fast vollständig von der politischen Bühne des Landes verschwunden waren.
- der Ausbau betrieblicher, gewerkschaftlicher Interessenvertretungen. Mehr als 250.000 Arbeitnehmer profitieren seit 1998 von den rund 1.000 neuen Verträgen, die zwischen Gewerkschaften und Unternehmen zur Anerkennung von gewerkschaftlichen Vertretungen in den Betrieben geschlossen wurden.

Letzteres spiegelt sich auch in zumindest stabilisierten, in einigen Branchen sogar steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Profitiert haben davon vor allem die großen Einzelgewerkschaften, auf die sich der Grossteil der insgesamt rund 6,7 Millionen *TUC*-Mitglieder aufteilt:

UNISON (öffentl. Dienste)	1.289.000 Mitglieder
AMICUS (verarb. Gewerbe)	1.146.000 Mitglieder
T&G (Transport, verar. Gewerbe)	840.000 Mitglieder
GMB (öffentl. Dienste, verarb. Gewerbe)	703.000 Mitglieder
PCS (öffentl. Dienste, Transport, Handel)	282.000 Mitglieder
CWU (Medien, Kommunikation, Post)	266.000 Mitglieder
NUT (Lehrer)	232.000 Mitglieder

Quelle: Trade Union Guide 2004, *New Statesman*, Beilage vom 8.9.03)

Der ehemalige *TUC*-Generalsekretär John Monks hatte seit 1993 mit seiner Strategie des "New Unionism" den gewerkschaftlichen Reformprozess vorangetrieben. Seit Mai steht er an der Spitze des *EGB* und Brendan Barber ist sein Nachfolger beim *TUC*. Gelingt es in Zukunft nicht, die sozialpartnerschaftliche Politik der Mehrheit der Gewerkschaften mit gesetzlichen Maßnahmen zu untermauern, dürfte den Reformen in den Gewerkschaften bald die Luft ausgehen.

Was die Gewerkschaften zunehmend wurmt: Obwohl sie für die Finanzen der Labour-Partei einstehen, bleiben die Dividenden in den Augen vieler Gewerkschafter aus. Vielmehr sei man Zahlmeister, ohne über den entsprechenden Einfluss zu verfügen. Dabei bindet Labour und Gewerkschaften vieles: Ohne die Finanzspritzen der Gewerkschaften hätte Labour die langen Oppositionsjahre (1979-1997) nicht überlebt. Das spricht wohl dafür, dass es nicht zum endgültigen Bruch zwischen Labour und den Gewerkschaften kommen wird. Dennoch wird die Distanz zwischen der Labour-Regierung und den Gewerkschaften weiter zunehmen. War es in den letzten Jahren die Labour-Führung, die auf ideologisch-politische Eigenständigkeit pochte, werden in Zukunft die wieder erstarkten Gewerkschaften mehr Profil zeigen. "*For years the TUC conference didn't matter a toss. It's different today. The brothers scent a wind of change*", urteilte das nicht gerade als gewerkschaftsfreundlich bekannte Massenblatt *Sun* (8.9.03).

**GROSSBRITANNIEN UND DEUTSCHLAND IM VERGLEICH:
EIN BLICK IN DIE STATISTIK**
(November 2003)

ALLGEMEINE DATEN	Großbritannien	Deutschland
Offizieller Name	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	Bundesrepublik Deutschland
Fläche	244.100 km ²	356.700 km ²
Bevölkerung (2001)	60,1 Millionen	82,1 Millionen
Bevölkerungswachstum (durchschn. 97-01)	0,4 %	0,2 %
Währung	£ (Pound Sterling)	€ (Euro)
Wechselkurs (Oktober 2003)	£1 = € 1,43	€1 = £ 0,69

POLITISCHE STRUKTUR	Großbritannien	Deutschland
Staatsoberhaupt	Königin Elizabeth II	Bundespräsident Johannes Rau
Staatsform	Parlamentarische Monarchie	Föderativer Bundstaat mit 16 Ländern
Wahlsystem	Mehrheitswahlrecht	Verhältnismahlrecht/Liste
Legislative	Zweikammersystem	Zweikammersystem
Oberhaus	House of Lords	Bundesrat
Unterhaus	House of Commons	Bundestag

Großbritannien:

Legislative: Das Oberhaus wurde 1999 in einem ersten Schritt reformiert und hat nur noch 72 vererbare Sitze. Eine grundsätzliche Reform steht noch aus.

Dezentralisierung: GB ist ein stark zentralisiertes Land. 1999 erhielten Schottland und Wales eigene Parlamente und Regierungen mit begrenzten Kompetenzen. Eine Dezentralisierung Englands (etwa in Form von Regionalparlamenten) steht noch aus.

Deutschland:

Legislative: Das Oberhaus, der Bundesrat, besteht aus Vertretern der Regierungen der 16 Länder, z.Z. haben die CDU/CSU regierten Bundesländer eine Mehrheit und können in einigen Punkten die Politik der rot-grünen Bundesregierung blockieren.

POLITIK	Großbritannien	Deutschland
Regierungspartei	Labour Party	SPD/Grüne Koalition
Regierungschef	Premierminister Tony Blair	Bundeskanzler Gerhard Schröder
Opposition	Conservative Party	CDU/CSU
Andere wichtige Parteien	Liberal Democrats	FDP, PDS

Großbritannien: Die New Labour Regierung von Premier Tony Blair ist seit Mai 1997 an der Macht. Sie wurde Juni 2001 mit einer Mehrheit von 412 der 659 Sitze wieder gewählt.

Deutschland: Die Koalition von SPD und Grünen ist seit Oktober 1998 an der Macht. Sie wurde September 2002 mit einer sehr knappen Mehrheit (306 der 603 Plätze im Bundestag) wieder gewählt (SPD 251/Grüne 55).

WIRTSCHAFT	Großbritannien		Deutschland	
BIP (US\$ Mrd.)	1.424	2001	2.063	2001
BIP Wachstum	2 %	2001	0,6 %	2001
➤ (durchschn. 97-01)	2,7 %		1,8 %	
BIP pro Kopf (US\$)	23.792	2001	22.605	2001
Öffentlicher Anteil am BIP	40,2 %	2001	48,3 %	2001
Inflationsrate (harmonisiert)	1,6 %	2002	(Deflationsgefahr: 2003 1 %) 2,5 %	2001
➤ (durchschn. 97-01)	1,3 %		1,4 %	
Öffentliche Verschuldung (% BIP)	52,6 %	2001	60,3 %	2001
Verarbeitendes Gewerbe (% BIP)	18,1 %	2002	24,4 %	2002
Dienstleistungssektor ¹ (% BIP)	71,4 %	2002	70,4 %	2002
Wettbewerbsfähigkeit ²	Platz 15	2003	Platz 13	2003

Großbritannien: Die britische Wirtschaft beträgt $\frac{3}{4}$ der deutschen Wirtschaft.

Deutschland: Die deutsche Wirtschaft ist die drittgrößte Ökonomie der Welt. Kritiker bemängeln den Reformstau des "Modell Deutschlands".

¹ d.h. Öffentliche u. private Dienstleistung, Finanzierung u. Vermietung, Handel, Gastgewerbe u. Verkehr.

² Auflistung der Länder nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit, Quelle: Der vom World Economic Forum erstellte *Global Competitiveness Report* basierend auf den Indikatoren makroökonomische Struktur, öffentl. Institutionen und Technologie (Platz1 Finnland, 2 USA, 3 Schweden, 4 Dänemark).

HANDEL	Großbritannien		Deutschland	
	Handelsbilanz (US\$ Mrd.)	-18,4	2002	3,8
➤ (% BIP)	-1,2 %	2002	0,2 %	2001
Exporte (US\$ Mrd.)	279	2002	571	2001
Importe (US\$ Mrd.)	-330	2002	-488	2001
Hauptexportmarkt	US 15,2 %	2002	Frankreich 11,1 %	2001
➤	Deutschland 11,8 %	2002	US 10,6 %	2001
➤	Frankreich 10 %	2002	UK 8,4 %	2001
Hauptlieferländer	US 13,7 %	2002	Frankreich 9,4 %	2001
➤	Deutschland 11,3 %	2002	Niederlande 8,4 %	2001
➤	Frankreich 8,5 %	2002	US 8,3 %	2001

Großbritannien: Seit 1997 ist das Handelsbilanzdefizit aufgrund des starken Pfundes dramatisch gestiegen.

Deutschland: Deutschland ist das zweitgrößte Exportland der Welt. Die Hauptexporte sind Fahrzeuge, Maschinen und Chemikalien.

ARBEITSMARKT	Großbritannien		Deutschland	
	Arbeitslosenquote ³ (%)	5,1 %	2003	10,0 %
➤ Neue Länder			17,3 %	2003
➤ altes Bundesgebiet			8,0 %	2003
Industriesektor (% Erwerbstätigen)	13 %	2002	32,4 %	2001
Dienstleistungssektor (% Erwerbstätigen)	78 %	2002	65 %	2001
Teilzeitarbeit (% Erwerbstätigen)	23 %	1999	17,6 %	1999
Gewerkschaftsmitglieder (% abhängiger Beschäftigten)	29,1 %	2001	21,5 %	2001
Arbeitsschutzgesetze ⁴	0,8		2,5	
Arbeitsproduktivität (pro Std. US\$)	31,80	2002	35,30	2002
Lohnkosten (pro Std. US\$)	15,75	2001	23,04	2001

Großbritannien:

Arbeitslosigkeit: Die aktuelle Quote liegt unter dem EU-Durchschnitt von 7,6 %.

Sektoren: Die niedrige Arbeitslosigkeit ist v.a. Resultat der Beschäftigungssteigerung im Dienstleistungssektor, speziell in den öffentlichen Diensten.

Deutschland: Das produzierende Gewerbe spielt immer noch eine wichtige Rolle. Das Verhältnis Industrie/Dienstleistung ist in beiden ehemaligen Teilen der BRD ähnlich.

³ ILO Definition, d.h. Arbeitslose in Prozent aller Erwerbspersonen.

⁴ Von der *Economist* entwickelte Indikator. Höhere Zahl bedeutet besseren Schutz für den Arbeitnehmer, bzw. größere Beschränkung für den Arbeitgeber.

STEUERN UND SOZIALABGABEN	Großbritannien		Deutschland	
	Steuern & Sozialversicherungsbeiträge (%BIP)	37,4 %	2002	42,4 %
Eingangssteuersatz	10 %	2003	19,9 %	2003
Höchststeuersatz	40 %	2003	48,5 %	2003
Einkommensverteilung	10,4 ⁵	2001	7,1	2001

Zahlen schließen private Renten- und Gesundheitsaufwendungen aus.

GESUNDHEIT	Großbritannien		Deutschland	
	Gesundheitsausgaben (% BIP)	6,8 %	2000	10,9 %
Lebenserwartung – männlich	74,9	1999	74,4	1999
➤ weiblich	79,8	1999	80,6	1999
Berufstätige Ärzte	104.417	1999	291.171	1999
➤ (pro 1.000 Einwohner)	1,8	1999	3,6	1999

Großbritannien: Die Inanspruchnahme des mit steuerfinanzierten Nationale Gesundheitsdienstes (*NHS*) ist kostenlos.

Deutschland: Gesetzlich geregeltes Gesundheitswesen, das auf Versicherungsbeiträgen beruht die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden und an private und gesetzliche Krankenkassen abgeführt werden. Versicherungspflicht bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe.

RENTEN	Großbritannien		Deutschland	
	Öffentliche Rentenausgaben (% BIP)	4,5 %	2000	11,1 %
Altersgrenze – männlich	65		65	
➤ weiblich	60 (ab 2020: 65)		63	

Großbritannien: Steuerfinanzierte Grundversorgung; die Betriebsrenten spielen eine viel größere Rolle als in Deutschland.

Deutschland: Beitragsfinanziertes Rentensystem.

⁵ Die Zahl bedeutet, dass das Einkommen der 10 % reichsten Briten das der 10 % Ärmsten um das 10,4fache übersteigt (Deutschland: 7,1; US: 16,6)

ASYL	Großbritannien		Deutschland	
	Anträge auf Asyl	79.405	2002	71.127
Im Vergleich zum letzten Jahr (in %)	-12 %		-19,5 %	

Großbritannien: 2002 war Großbritannien (mit ca. 20 % aller Anträge) das größte Asylempfängerland Westeuropas. Die Hauptherkunftsländer waren Afghanistan, Iran, Somalia, Sri Lanka und die Türkei.

Deutschland: Bis zum Jahr 2000 war Deutschland das Hauptasylempfängerland Westeuropas.

[Quellen: Economist Intelligence Unit, Office for National Statistics, Statistisches Bundesamt, OECD, World Economic Forum]